



Aktionsbündnis gegen AIDS

Leben ist ein Menschenrecht!
www.aids-kampagne.de

Fact Sheet

Drohende Kürzungen des deutschen Beitrags für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria

Laut Berichten mehrerer renommierter Zeitungen beabsichtigt die Leitung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), den deutschen Beitrag für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (Globaler Fonds) massiv einzuschränken. Statt Kürzungen müsste die Unterstützung dem wachsenden Finanzierungsbedarf entsprechend deutlich erhöht werden. Für die anstehende Finanzierungsperiode von 2011 bis 2013 ist zurzeit geplant, lediglich 200 Mio. Euro im kommenden Jahr beizusteuern und damit die seit 2008 erreichte Beitragshöhe beizubehalten. Danach will man offenbar die Zahlungen gänzlich einstellen. Eine konkrete Stellungnahme dazu gab es aus dem BMZ noch nicht. Der Staatssekretär des BMZ ließ nun aber durchblicken, dass sich die Bundesregierung aus dem Globalen Fonds zurückziehen will.

Verglichen mit den Finanzierungszusagen für den zu Ende gehenden Dreijahreszeitraum von 2008 bis 2010, die sich auf rund 600 Mio. Euro belaufen, würde diese Verweigerung eine Kürzung des derzeitigen deutschen Beitrags um zwei Drittel bedeuten. Ein derartiger Rückzug aus einer der erfolgreichsten Entwicklungsanstrengungen der internationalen Gemeinschaft würde bedeuten, dass lebensrettende Maßnahmen eingeschränkt werden bzw. gar nicht erst begonnen werden können. Damit würde die Bundesregierung den Millionen von Menschen, die durch tödliche Epidemien bedroht sind und auf Unterstützung hoffen, die kalte Schulter zeigen. Deutschland würde sich damit auch aus der Partnerschaft von Industriestaaten und Entwicklungsländern verabschieden. Ein solches Ausscheren der Gebernation mit der dritthöchsten Wirtschaftskraft würde den Erfolg der Wiederauffüllungskonferenz insgesamt gefährden.

Verantwortung Deutschlands

Die Bundeskanzlerin hat beim diesjährigen G8-Treffen in Kanada versprochen, sich für den Erfolg des anstehenden Geber Treffens am 4. und 5. Oktober 2010 in New York einzusetzen. Bei der Wiederauffüllungskonferenz 2007 in Deutschland rief sie noch alle anwesenden Geber auf, „eine Grundlage für eine langfristige und berechenbare Finanzierung der Arbeit des Globalen Fonds zu legen.“

Für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele sowie aus humanitären Gründen muss der Gesundheitsförderung eine zentrale Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit beigemessen werden. Nach Studien im Auftrag der UN müssten die Geberstaaten bis 2010 die öffentliche Entwicklungshilfe (engl. ODA) für den Gesundheitsbereich mindestens auf einen Betrag erhöhen, der 0,1 Prozent ihres BNE entspricht. Etwa ein Viertel der Gesamtmittel, die vor Ort für die Erreichung der MDGs einzusetzen sind, sollte für die Bekämpfung der verheerendsten

Krankheiten verwendet werden. Demgegenüber entfielen im Jahr 2008 kaum 11 Prozent der deutschen ODA-Auszahlungen auf Gesundheitsprogramme, auch wenn man alle relevanten Finanzierungsmechanismen einbezieht. Gleichzeitig ist Deutschland trotz der Steigerungen in den letzten Jahren weit davon entfernt, die Mindestquote des EU-Stufenplans für die gesamten ODA-Leistungen von 0,51 Prozent des BNE zu erreichen. Diese Defizite führen in der Kombination dazu, dass die gesundheitsbezogenen Fördermittel nur 0,03 Prozent des BNE ausmachten. Dazu kommt, dass die freiwilligen Beiträge Deutschlands zu den für die Krankheitsbekämpfung relevanten UN-Organisationen weit geringer ausfallen, als es der relativen Wirtschaftskraft entspricht.

Bedeutung des Globalen Fonds

In der jetzigen Wiederauffüllungsperiode verkörperte der Globale Fonds die einzige international im Gesundheitsbereich engagierte Institution, wo ein angemessenes Niveau der deutschen Beiträge verzeichnet werden konnte. Unter Berücksichtigung der Mitfinanzierung des EU-Zuschusses steuert Deutschland über den Zeitraum von 2008 bis 2010 voraussichtlich ein Zehntel der Länderbeiträge bei und ist damit der drittgrößte Geber.

Auch durch diese Unterstützung ist in weniger als einem Jahrzehnt aus einer Vereinbarung der internationalen Gemeinschaft ein Finanzierungsinstrument hervorgegangen, dem unter quantitativen wie qualitativen Aspekten eine zentrale Bedeutung zukommt. Bis Ende 2009 gelang es den vom Globalen Fonds finanzierten Länderprogrammen 5,7 Millionen Menschen vor dem Tod durch AIDS, Tuberkulose oder Malaria zu bewahren. Ungefähr 60% der internationalen Kooperation für den Kampf gegen Malaria und Tuberkulose sowie rund ein Fünftel der ODA-Zahlungen für die weltweite Antwort auf die HIV-Pandemie werden zurzeit durch diese Finanzierungsinstitution bereitgestellt. Annähernd die Hälfte der rund 5 Millionen mit HIV lebenden Menschen in den wirtschaftlich benachteiligten Ländern, die Ende 2009 Zugang zu einer antiretroviralen Behandlung hatten, verdanken dies der Unterstützung durch den Globalen Fonds. Allein im letzten Jahr nahm die Anzahl der Menschen, die durch vom Globalen Fonds finanzierte Behandlungsprogramme erreicht wurden, um eine halbe Million zu. Solche im Wortsinne lebenswichtigen Erfolge konnten nur durch die Bündelung der Ressourcen und die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten erreicht werden. Der Globale Fonds stellt ein zukunftsweisendes Finanzierungsmodell dar, das diese grundlegenden Prinzipien der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe umsetzt.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit kann die drohenden Kürzungen bei der Unterstützung des Globalen Fonds nicht durch vermehrte bilaterale Programme auffangen. Der dadurch verursachte zusätzliche Aufwand für Verhandlungen, Planungsprozesse und Berichterstattung würde die knappen Verwaltungskapazitäten in den Empfängerländern binden und wertvolle Zeit kosten. Aber auch auf der Seite der deutschen Durchführungsorganisationen und im BMZ selbst reichen die personellen Ressourcen nicht aus, um ähnlich umfangreiche Maßnahmen mit der gebotenen Geschwindigkeit einzuleiten. Dies lässt sich ohne weiteres aus den quantitativen Dimensionen der betreffenden Finanzierungsmechanismen ableiten. Im Zeitraum 2005 bis 2008 nahmen die bilateral für die Bewältigung der globalen HIV-Krise eingesetzten Fördermittel lediglich von 47 auf 80 Mio. Euro zu, während die über den Globalen Fonds zur Verfügung gestellten Ressourcen (einschließlich der BACKUP-Initiative) von 49 auf 134 Mio. Euro wuchsen. Die insgesamt – unter Berücksichtigung aller relevanten Finanzierungsmechanismen - geleisteten Zahlungen beliefen sich 2008 nur auf 289 Mio. Euro. Um einen angemessenen Finanzierungsbeitrag für die Verwirklichung international vereinbarter Verpflichtungen wie des allgemeinen Zugangs zu umfangreichen Präventionsprogrammen sowie der Behandlung, Betreuung und Unterstützung bis 2010 zu erreichen, müssten die HIV-

bezogenen Gesamtleistungen Deutschlands bereits bis zum laufenden Jahr auf annähernd 1,5 Mrd. Euro angehoben werden.¹

Finanzbedarf

Die bisher von der internationalen Gemeinschaft mobilisierten Finanzmittel reichen bei Weitem nicht aus, um den dringlichen Bedarf an für die Vermeidung und Behandlung lebensbedrohender Krankheiten zu decken und die international vereinbarten Ziele auf diesem Gebiet zu erreichen. So ist es zwar durch die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen der internationalen Gemeinschaft gelungen, rund 5 Mio. Menschen mit einer antiretroviralen Therapie zu versorgen. Nach jüngst publizierten UNAIDS-Daten benötigen aber insgesamt 15 Millionen Menschen dringend diese lebensnotwendige Behandlung, so dass im Moment nur ein Drittel erreicht wird.² Außerdem erhöhen sich die Therapiekosten infolge der gebotenen Umstellung auf neuere Medikamente, die besser verträglich und noch wirksamer sind. Um der Selbstverpflichtung der UN-Mitgliedstaaten von 2006 gerecht zu werden, möglichst bis zum Ende des Jahrzehnts den allgemeinen Zugang zu umfassenden Programmen der Prävention, Behandlung, Betreuung und Unterstützung zu erreichen, müssen die globalen Anstrengungen verdoppelt werden. Infolge der Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise sind die Menschen in den Entwicklungsländern mehr denn je auf unsere Unterstützung angewiesen.

Der globale Fonds bildet ein zukunftsweisendes und unverzichtbares Instrument, um die Krankheitslast und das damit verbundene menschliche Leid zu reduzieren. Bei der anstehenden Wiederauffüllungskonferenz im Oktober 2010 müssen nach vorsichtigen Bedarfsschätzungen des Globalen Fonds für die Jahre 2011 bis 2013 mindestens 20 Milliarden US-Dollar zugesagt werden, um ihn in die Lage zu versetzen, die laufenden Programme weiterzuführen und zugleich neue Programme mit wirksamen Strategien zu fördern.

Forderung

Es ist daher unabdingbar, dass Deutschland seinen Beitrag entsprechend des globalen Bedarfs von mindestens 20 Milliarden US-Dollar für die nächsten drei Jahre erhöht, um die bislang erzielten Erfolge in der Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose zu sichern und weitere Menschenleben zu retten. Konkret bedeutet dies, dass Deutschland einen direkten Beitrag in Höhe von mindestens 400 Mio. Euro pro Jahr in den Globalen Fonds einzahlen muss.³ Das Aktionsbündnis gegen AIDS fordert die Bundesregierung und insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, bei der Geberkonferenz des Globalen Fonds am 4. und 5. Oktober in New York eine entsprechende Zusage zu machen.

Autor: Joachim Rüppel (Missionsärztliches Institut)

Unter Mitarbeit von:

Oliver Moldenhauer (Ärzte ohne Grenzen)

Sandy Harnisch (Aktionsbündnis gegen AIDS)

¹ Siehe *Joachim Rüppel*, Engagement gegen Aids. Versprechen sind nicht genug!, Zivilgesellschaftliche Bestandsaufnahme der Finanzierungsbeiträge für die Verwirklichung der internationalen Verpflichtungen zu HIV/Aids durch Deutschland, Österreich und die Schweiz, Vorläufiger Alternativbericht, Juli 2010.

² Infolge der Umsetzung verbesserter Behandlungsrichtlinien, die Ende 2009 von der WHO veröffentlicht wurden und dringlich zu einem früheren Therapiebeginn raten, ergibt sich ein höherer Bedarf als bisher angenommen

³ Der verdoppelte Gesamtbeitrag von 1,2 Mrd. € über die drei Jahre würde aufgrund der Wechselkursentwicklung voraussichtlich nicht reichen, um das angemessene Beitragsniveau von einem Zehntel im Verhältnis zu der Summe der notwendigen Länderbeiträge aufrecht zu erhalten. Außerdem müsste auch der Beitrag der Europäischen Union entsprechend erhöht werden, der von Deutschland zu ca. 20% mitfinanziert wird.